

21. Dezember 2007
12:08 MEZ

Grüne fordern Öffnung des Gedenkdienstes für Frauen

Geschichte sei keine reine Männersache: Als Anstoß wird einer Freiwilligen im kommenden Jahr der Aufenthalt in New York finanziert



Der Verein Gedenkdienst entsendet im kommenden Jahr 20 Männer und zwei bis drei Frauen.

Wien - Die Grünen haben am Donnerstag eine Öffnung des Gedenkdienstes für Frauen gefordert. Geschichte sei keine reine Männersache, argumentierte Frauensprecherin Brigid Weinzinger, zudem die rein männliche Auseinandersetzung mit Geschichte "zu so manchem Dilemma geführt" habe.

Derzeit ist der Auslandsdienst für Frauen nur auf eigene Kosten möglich, Männern wird er hingegen anstelle des Zivildienstes vom Innenministerium mit 10.000 Euro finanziert.

Finanzierung durch Grüne

Als Anstoß für ihre Forderung finanzieren die Grünen einer Freiwilligen im kommenden Jahr den Gedenkdienst. Die Kärntnerin Simone Schuller möchte nach New York, wo sie die Geschichte von dort lebenden Überlebenden dokumentieren soll. Die Grünen wollen solange Frauen den Gedenkdienst finanzieren, bis die von ihnen geforderte Förderung auch für weibliche Interessenten umgesetzt werde, sagte die Grüne Vizechefin und Dritte Nationalratspräsidentin Eva Glawischnig. Sie verlangt zudem, dass die Deckelung für die Finanzierung des Auslandsdienstes aufgehoben wird.

Umfassendes NS-Aufhebungsgesetz

Überhaupt will Glawischnig im Gedenkjahr 2008 "unerledigte Baustellen" in der Geschichtsaufarbeitung thematisieren. Für das kommende Gedenkjahr, in dem sich zum 70. Mal der "Anschluss" Österreichs an Nazi-Deutschland und zum 75. Mal die so genannte "Selbstausschaltung des Parlaments" jährt, sind auch andere Initiativen geplant, Glawischnig im Rahmen eines Hintergrundgesprächs. Sie fordert unter anderem ein umfassendes NS-Aufhebungsgesetz, das sämtliche Urteile, die im Dritten Reich gefällt wurden, pauschal aufhebt. Damit sollen auch Deserteure der Wehrmacht und Homosexuelle explizit rehabilitiert werden.

Distanzierung

Als "peinlich" und "eine Provokation" bezeichnete Glawischnig den Umgang der Regierung mit der Sanierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe. Im Ministerrat hatte es zuletzt dazu nur ein vages Bekenntnis gegeben. Der Bund werde zum geeigneten Zeitpunkt mit Ländern und Gemeinden Verhandlungen über die Finanzierung aufnehmen, hieß es im entsprechenden Ministerratsvortrag.

Die Distanzierung der Grünen vom Schüler-Projekt "A Letter to the Stars" begründete Glawischnig mit Bedenken über den Umgang mit den Betroffenen. Ohne professioneller psychologischer Betreuung gehe man ein Risiko ein, erklärte Glawischnig zurückhaltend. Bei dem Projekt sollen über 240 Holocaust-Überlebende, deren Lebensläufe an Schulen recherchiert werden, nach Wien geholt werden.

Viel mehr BewerberInnen als Plätze

Wie viele GedenkdienerInnen derzeit vom Innenministerium finanziert werden ist laut Florian Wenninger, Obmann des Vereins Gedenkdienst, unklar. Seine Organisation entsendet im kommenden Jahr 20 Männer und zwei bis drei Frauen. Es gebe aber viel mehr BewerberInnen, etwa drei Viertel würden abgewiesen, so Wenninger, der sich eine Verlagerung der Förderung vom Innenministerium in den Bereich politische Bildung des Bildungsministeriums wünscht.

Auslandsdienst

Der Gedenkdienst ist als Ersatzdienst für den Zivildienst eingerichtet worden und wird über drei Trägerorganisationen abgewickelt. Der Auslandsdienst kann an Gedenkstätten in Ländern geleistet werden, in denen die Nazis Verbrechen begangen haben, oder in denen Überlebende heute leben. Die Freiwilligen betreuen während ihres einjährigen Dienstes Jugendliche, pflegen alte Menschen oder arbeiten in Archiven und Museen. (APA)

© 2007 derStandard.at - Alle Rechte vorbehalten.
Nutzung ausschließlich für den privaten Eigenbedarf. Eine Weiterverwendung und Reproduktion über den persönlichen Gebrauch hinaus ist nicht gestattet.